

darum für Japan sehr günstig, sagt er; aber wenn Japan ganz von Europa ausgeschlossen ist, muß es sich auf die ihm zur Hand liegenden Märkte werfen, um das Defizit auszugleichen. Japanische Interessen, fügt er hinzu, werden furchtbar unter dem kommenden Handelskrieg leiden, wenn es nicht selbst Schritte tut, die heimischen Interessen zu wahren („Japan Advertiser“ v. 17. 6. 17).

Die Südseefirma Burns Philp and Co. Die bekannte Südseefirma Burns Philp and Co. (eine der Hauptbekämpferinnen des deutschen Handels in Australien) hat, laut Financial Times in ihrem Ende März abgelaufenen Geschäfts-

jahr einen Rohgewinn von 453 000 Pfund gegen 405 700 Pfund im Vorjahre erzielt. Die Gesellschaft war außer Stande, den Bau neuer Dampfer unterzubringen, hat aber Bestellungen auf eine Anzahl von hölzernen Hilfschiffen für den Verkehr mit den Inseln vergeben. Angesichts der wahrscheinlichen Lebensmittelnappheit nach dem Kriege in Europa hält der Vorstand eine beträchtliche Ausdehnung der Geschäftstätigkeit der Firma dann für wahrscheinlich. (Deutsche Export-Revue Nr. 29/30 vom 27. Juli 1917.)

Horst Weyhmann

Japans Sieg in China

(vgl. auch Nr. 21, 24 u. 30)

Nach monatelangen Wirren ein kurzer Mandschutraum — und auf's neue zieht Japans Vertrauensmann, der Ministerpräsident Tuan Tschijui, als Triumphator in Peking ein, das er zweimal als Ministerpräsident verlassen mußte. Neben ihm übernimmt der bisherige Vizepräsident Feng Kuo-tschang, nachdem der frühere Präsident Li Yuan-hung definitiv verzichtet hat, als Präsident die Leitung der chinesischen Regierung. Beide, von persönlichem Ehrgeiz und Streben nach der ersten Gewalt erfüllt, würden schwer zueinander passen, wenn nicht augenblicklich einer des andern bedürfte, denn Tuan ist der Führer der Militärgouverneure des Nordens, während Feng den Süden hinter sich hat. Tuan hat außerdem als Vertrauensmann Japans dessen überlegene Macht hinter sich und ist somit der eigentliche Leiter der Regierung, so daß er Feng im eigenen und japanischen Interesse die höchste Position lassen kann, mindestens so lange, bis die Ruhe im Süden gesichert ist.

Die Entente-Prese ist natürlich mit Meldungen über die nunmehr endgültig beschlossene Kriegserklärung gegen Deutschland sofort bei der Hand. Ein solcher Entschluß der Regierung wird sicher gefaßt sein, aber mit der offiziellen Durchführung wird Tuan kaum die gleiche Eile haben, da es sehr gewagt wäre und neue Opposition im republikanischen Süden hervorrufen würde, wenn er zurzeit, wo kein Parlament zur Sanktion zur Verfügung steht, einen solchen Schritt eigenmächtig unternehmen würde.

Zur Beurteilung der Lage in ihrer internationalen Bedeutung ist es erforderlich, sich über die jetzigen Persönlichkeiten und ihre Hintermänner, sowie über die Ereignisse, die die jetzige Lage geschaffen haben, klar zu werden. Die ungeheure Bedeutung der chinesischen Frage und des ganzen pazifischen Problems für die zukünftige wirtschaftliche und politische Weltlage rechtfertigt eine gründliche Klärung der chinesischen neuesten Geschichte. Diese Aufgabe erfordert einen breiten Raum, darum soll in einem kürzeren Wortwort eine Skizze der wichtigsten Ergebnisse vorausgeschickt werden.

Mit Tuan Tschijui und seiner Kriegspolitik hat sich der Wirtschaftsdienst bereits in Nr. 21 v. 25. 5., Nr. 24 v. 15. 6. und Nr. 30 v. 25. 7. beschäftigt. Dort war bereits die Vermutung ausgesprochen, daß Tuan, anfangs von Amerika und England beeinflusst, kurz vor dem Abbruch der Beziehungen zu Deutschland von Japan gewonnen sei. Dies hat sich voll bestätigt. In der Peking Gazette wie auch im Tokio Asahi erschien eine Darstellung, wonach Tuan bei Vorlegung der Anschlußbedingungen an die Entente ganz nach Instruktionen handelte, die ihm von einem geheimen Sendling Serautschis eingeflüstert wurden. Etwas später veröffentlichte dann der Herausgeber der Peking Gazette, ein in englischem Besitz großgewordener Chinese, eine Anklage gegen Tuan, daß dieser China an Japan verkauft habe unter Bedingungen, die ungefähr der Gruppe 5 der berüchtigten 21 japanischen Forderungen Okumas gleichkamen (große Anleihe gegen militärische weitgehende Einflußzustände an Japan).

Dieser „Selling China“-Artikel veranlaßte seine sofortige Verhaftung und selbstverständlich die üblichen Dementierungen. Zur gleichen Zeit aber kam, nachdem vorher schon ein chinesischer General dem Mikado einen chinesischen Orden als Sondergesandter zu überbringen hatte, der Vizechef des japanischen Generalstabs nach China, um dort die militärischen Arsenale usw. zu inspizieren. Wir sehen also die japanische militärische Durchdringung Chinas auf dem Marsche. — Und heute ist Tuan wieder der leitende Mann, so daß die alten Abmachungen neues Leben gewinnen.

Der Präsident Feng hat sich als Wetterfahne erwiesen. Mehrfach wechselte er seine Stellung zur Kriegserklärungsfrage, und in den inneren Wirren spielt er, wie wir noch sehen werden, eine ähnliche Rolle. „The great Wobbler“, so nannte ihn Peking Gazette, und „North China Herald“ kennzeichnet ihn als „Arch-Plotter“. An seinen Fingern haftet noch der Schmutz des letzten Opiums, das in dunklen Transaktionen für die chinesische Regierung ohne offiziellen Auftrag nach erfolgtem Opiumverbot aufgekauft wurde. Er wird den japanischen Wünschen, wenn sie nur gut chinesisch an ihn herantreten, keinen Widerstand leisten.

So hat der japanische Ministerpräsident Serautschis mit seiner Politik der äußeren Nichteinmischung in Chinas innere Angelegenheiten doch gesiegt. Sie war gefährdet, weil sie ganz auf Tuan und seine Gefolgschaft als geheime Mandatare Japans eingestellt war, und Tuan teils durch eigene Ungeschicklichkeit, teils durch die Schwierigkeit seiner Aufgabe zu scheitern drohte. Nun hat Japan den Schein einer neutralen Haltung gegenüber China im Gegensatz zu Amerika wahren können, das durch die vielerörterte Wilsonsche Note an China vergeblich in den Gang der Dinge eingzugreifen suchte und sich erfolglos exponierte. Die Mißerfolge Tuans gefährdeten eine Zeitlang selbst Serautschis Stellung, der sich nur durch Schaffung eines diplomatischen Rates, gestützt auf die Führer auch oppositioneller Parteien und alte Politiker von Rang (ohne Okuma und Kato), sichern konnte.

Der japanische Sieg in China rückt die Gefahr nahe, daß es Japan gelingen wird, Chinas militärische und wirtschaftliche Kräfte sich dienstbar zu machen und sich eine wirtschaftliche Sonderstellung durch weitgehende finanzielle, Verkehrs- und Zollzuständnisse zu schaffen, die es braucht, um seine durch den Krieg erlangte militärische Vormacht im Pazifik und die Existenzfähigkeit seiner überschnell entwickelten Industrie gegenüber der wiedereinsinkenden, an Qualität überlegenen europäischen Konkurrenz zu sichern.

Um dieser Ziele willen versucht man auch mit Amerika zu einer Einigung zu gelangen. Da zurzeit Amerika durch die Teilnahme am europäischen Kriege in seiner östlichen Politik geschwächt ist, möchte auch dieses mit Japan sich einigen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß unter dem Druck der Not die Vereinigten Staaten sich zu weitgehenden Zugeständnissen an

Japan bereitfinden lassen, um so eher, als sie sich durch ihre Riesengewinne und die Ausbreitung ihres Handels nach allen Ländern auf Kosten ihrer Verbündeten in die Lage versetzt sehen, sich an diesen schadlos zu halten. Japan scheint wenigstens der besten Hoffnungen zu sein. Die Geleitworte, die die japanische Presse der nach Washington entsandten Sondergesandtschaft Baron Tschiis mit auf den Weg gibt, die Betonung ihrer allgemeinen Bedeutung und speziell auch der Attachierung eines Marinevertreters für die pazifische Flottenpolitik lassen darauf schließen, daß diese Gesandtschaft weit wichtigere Aufgaben hat als die parallelen Gesandtschaften der anderen Ententemächte, die kürzlich im Weißen Hause waren.

Und wenn jetzt in der japanischen Presse erörtert wird, welchen Vorteil Japan von seinen Verbündeten für seine Kriegskleistungen zu erwarten hat und welcher Verbündete ihm am meisten zu bieten hat, wobei die anderen meist sehr scharf kritisiert werden, und wenn sogar erörtert wird, welche Vorteile ein Zusammengehen mit Deutschland gehabt hätte, wobei man fast ganz Ostasien und den Pazifik als leicht erreichbare Beute bezeichnet, — so wird man in solchen Äußerungen das Mittel erkennen, mit dem man auf die Verbündeten Eindruck zu machen und sie, vor allem Amerika, zur Anerkennung der Sonderstellung Japans in Ostasien zu drängen sucht.

Wir gehen nunmehr zur systematischen Darstellung der chinesischen Krise und ihrer treibenden Kräfte über und knüpfen dabei an die früheren, oben zitierten Berichte im W.-D. an. Die Darstellung erfolgt soweit wie möglich auf Grund der ostasiatischen Presse, deren Angaben nach Möglichkeit gegenseitig kontrolliert sind. Selbstverständlich kann auch auf diesem Wege keine unbedingte Zuverlässigkeit verbürgt werden.

Der Übersichtlichkeit wegen gebe ich zunächst eine

Datenzusammenstellung,

die dem Leser den Überblick über die Folge der Ereignisse ermöglicht, da diese der übrigen Darstellung nicht zugrunde gelegt werden kann.

- 3. Febr.: Amerikas Abbruch der Beziehungen zu Deutschland.
- 9. " Chinas U-Boot-Note.
- 14. März: Chinas Abbruch der Beziehungen zu Deutschland.
- 18. April: Finanz- und Wizefinanzminister wegen Bestechung verhaftet.
- 25. " Erste Sitzung der Militärkonferenz in Peking, die Kriegserklärung beschließt.
- 30. " Suan unterbreitet Kriegserklärung des Kabinetts dem Präsidenten, der Vorlage ans Parlament genehmigt.
- Anfang Mai: Verkehrsminister und Wizeverkehrsminister wegen Bestechung unter Anklage.
Opium-Skandal.
Rücktritt des Unterrichtsministers.
Wizeverkehrsminister wegen Unterschlagung verklagt.
- 9. Mai: Kriegserklärung dem Parlament vorgelegt.
- 10. " Suans Putsch gegen das Parlament, im Gefolge weitere Ministerrücktritte.
- 18. " Dritte Aufforderung Suans an das Parlament, über Kriegserklärung zu beraten, abgelehnt.
- 22. " Suan Tschijui entlassen.
Nachfolger Wu Sing-fang (Min. d. Ausw., früherer Gesandter in Washington).
- 31. " Protest der Militärgouverneure gegen Suans Entlassung.
In der Folge Unabhängigkeitserklärung zahlreicher Provinzen.
- 2. Juni: Der Präsident ruft den späteren Diktator Tschang Hsin als Retter nach Peking.
- 3. " Militärgouverneure des Nordens gründen in Tientsin provisorische Regierung unter Hju Tschih-tschang.
Die Tschin Pu Tang Partei desgleichen dort provisorisches Parlament.
Proteste aus Süden.
- 6. " Amerikanische Note.
Vizepräsident Feng bietet Rücktritt an.

- 8. Juni: Ultimatum Tschang Hsin an Präsidenten zwecks Parlamentsauflösung. Abgelehnt 9. 6.
Appell des Vizepräsidenten an sezeßionierende Provinzen zur Einheit und Regierungstreue.
- 11. " Präsident genehmigt Parlamentsauflösung.
Ministerpräsident Wu tritt deswegen zurück.
- 13. " Parlamentsauflösung.
Süden rebelliert.
- 21. " Feng bietet Vermittlung an.
- 23. " Der zum Ministerpräsidenten ernannte Li Tsching-Hsi lehnt ab, und General Tschang Tschao-tschung wird als Ministerpräsident aufgedrängt.
- 25. " Der Präsident nimmt Bedingungen Tschang Hsin (Verfassungsänderung usw.) an.
Nordprovinzen widerrufen Unabhängigkeitserklärung, Südprovinzen verschärfte Opposition.
- 2. Juli: Tschang Hsin errichtet Mandschu-Kaisertum.
Suan Tschijui verbündet mit Vizepräsident Feng gegen Tschang Hsin.
- 9. " Abdankung des Kaisers.
- 13. " Kapitulation der Truppen Tschang Hsin, der in holländische Gesandtschaft flüchtet.
- 17. " Suan Tschijui wieder in Peking.
Feng wird nach Verzicht Li-Nuan-hungs Präsident.

Die folgende Darstellung zergliedert die Ereignisse in die innere Krise, in der die Dinge lediglich vom innerchinesischen Gesichtspunkt erfasst sind (nach einander Parlament, Militärkonferenz und die führenden Männer), und die Haltung der Mächte gegenüber den chinesischen Ereignissen und gegen einander.

I.

Die innere Krise

Wir haben früher gesehen, daß die inneren Wirren ihren Ausgang nahmen von der Kriegsbeteiligungspolitik Suan Tschijuis.

Als nach dem Abbruch der Beziehungen der Ministerpräsident die Erfüllung der Ententeversprechungen nicht erhielt und als dann auch die russische Revolution bekannt wurde, wuchs die Opposition im Lande, nicht nur in den kaufmännischen Kreisen und bei den Demokraten (Sun Yat-sen und Anhang), sondern auch beim Militär. Wir finden unter den Protestlern die Namen des späteren Kaiserreichgründers Tschang Hsin und eines Führers der Militärkonferenz, General Li Tschih-tschung. Ferner waren der Präsident und vor allem der Vizepräsident weiteren Schritten abgeneigt.

So kam Suan in die Lage, daß er entweder sich durchsetzen oder zurücktreten mußte.

Er begann daher die Militärgouverneure auf seine Seite zu ziehen, da diese die eigentlichen Inhaber der Macht in den Provinzen sind. Dies gelang ihm. Mit welchen Mitteln, ist nicht klar zu erkennen, doch dürften sie — von der Unterstützung ihrer Verfassungsreformwünsche abgesehen — gut chinesisch gewesen sein. Aber die Militärkonferenz wird später näher berichtet werden. Hier genügt zunächst die Tatsache, daß die Konferenz zusammentrat und als erstes sich für die Kriegsbeteiligung erklärte, nachdem sie von Suan mit geheimen Mitteilungen und Dinern bearbeitet war.

Die Heranziehung der Militärgouverneure wirkte auf das Parlament

ungünstig. Das Mißtrauen gegen Suan wuchs und die stärkste Partei, die Kuomintang, ward ganz in die Opposition gegen die Kriegsbeteiligung gedrängt. Verstärkt wurde die Opposition durch die Nachrichten aus Rußland, die einen russischen Sonderfrieden befürchten ließen.

Noch mehr erschwert wurde Suans Stellung durch die Häufung von Skandalen in der höchsten Beamtenenschaft. Zweifellos brachte die unruhige Zeit, die Intrigen der Auslandsmächte und die Ablenkung des öffentlichen

Interesses von Verwaltungsangelegenheiten auf außenpolitische Fragen für chinesische Beamte Versuchungen mit sich, die über ihre Kraft gingen, zumal ja auch die Parlamentarier aller Parteien in der Entgegennahme von überzeugenden Gründen von ausländischen Interessenten sich weitgehende Freiheiten gestatteten. Außerdem nahm die Aufdeckung von Bestechungen als politisches Mittel zur Vernichtung unbequemer Gegner an Beliebtheit zu. Aber die Häufung der Skandale war selbst Chinesischen Gemütern etwas reichlich. Da Auslandsinteressen hineinspielen, sollen die wichtigsten Fälle kurz skizziert sein.

Das erste Opfer wurde der Finanzminister Tschin Tschin-tao und sein Vizeminister Ninyuli. Wir haben bereits früher berichtet, daß japanische Banken eifrig in China, namentlich in Schantung, Kupfermünzen zur Einschmelzung ankauften und sich, um das lohnende Geschäft in großem Stille zu betreiben, um ein Monopol hierfür gegen eine Anleihe von 5 Mill. Yen bewarben. Das Parlament kam dahinter und das Geschäft zerschlug sich, was der Regierung, die bereits zugesagt hatte, finanziell und nach außen peinlich war. So entschlossen sich denn unter Führung des chinesischen Handelskammertages eine Reihe patriotischer Chinesen, der Regierung eine Anleihe von 5 Mill. \$ anzubieten gegen eine gleiche Konzession. Man schloß daraufhin ein Abkommen mit der Regierung, woraufhin das „Paoli-Syndikat“ mit 5 Mill. \$ Kapital für Errichtung einer Schmelzungsanlage gegründet wurde. Bald darauf opponierte das Parlament auch hiergegen, weil angeblich im Syndikat gar nicht mehr die ursprünglichen Personen beteiligt wären und anscheinend schon wieder die Japaner dahinter steckten. Ob dies zutrifft, läßt sich nicht nachprüfen. Jedenfalls löste sich das Syndikat unter Protest auf und die Beteiligten verlangten hohe Entschädigung (500 000 \$) für ihre Gründungskosten.

Der Finanzminister wollte nunmehr ein Regierungsunternehmen gemeinsam mit Finanzleuten bei halbem Kapitalanteil der Regierung (insgesamt 10 Mill. \$ Kapital) gründen, um so den Japanern das Geschäft aus der Hand zu winden. Hiergegen neue Opposition im Parlament und dann die Bestechungsanklage.

Auffallend ist, daß sofort die Verhaftung erfolgte, obwohl Beweise nur gegen den Vizefinanzminister vorlagen, der sich aber, angeblich in die japanische Gesandtschaft, flüchtete.

Peking Gazette v. 23. 4. greift Tuan scharf an, daß er den Finanzminister nur beseitigen wolle, weil dieser als ehrlicher Mann und Erwählter des Präsidenten kein fügsames Medium war für seine Absichten auf die Staatskassen, die Tuan für die Bestechung von Parlamentariern usw. brauchte. Dies sei bereits der zweite Angriff gegen den Finanzminister, und die Zeitung fürchtet anscheinend, daß nun auch bald gegen den Gouverneur der Bank von China, der ebenfalls Tuan im Wege stehe, vorgegangen würde. (Tatsächlich wurde auch dieser später beseitigt.) Gleichzeitig weist das Blatt darauf hin, daß auch Japan den Finanzminister als „persona non grata“ betrachte, weil dieser das Kupfergeschäft störte, und meint, daß die Zufriedenheit der Japaner noch wachsen würde, wenn durch den Sturz des Finanzministers die große amerikanische 25 Mill. \$-Anleihe der Chicagoer Bankiers, die bereits nahezu abgeschlossen sei, sich zerfalle. Auch diese Voraussicht des Blattes hat sich erfüllt, denn entgegen den bestimmt aufgetretenen Meldungen ist diese Anleihe (zum Ausbau der chinesischen Arsenale usw.) aus Rücksicht auf die inneren Zustände Chinas nicht zustande gekommen.

Schon vor diesem Fall liefen Gerüchte um, daß der Vizeherzminister und sein Vizeminister in schwere Bestechungsaffären verwickelt seien. Unter den acht Anklagen, die gegen den Minister erhoben wurden, waren nach North China Herald v. 5. 5. die schwersten: Ankauf alter Eisenbahnwagen für die Tientsin-Pukau-Bahn von der Südmanschurischen Bahn für 4 Mill. \$ im Werte von höchstens 1 Mill. \$, ferner von anderem

Ultmaterial aus amerikanischer Hand über eine japanische Firma, ebenfalls zu Schwindelpreisen. Nur sehr zögernd entschloß sich die Regierung, als schließlich der Skandal zu groß wurde, auch hier die Verhaftung vorzunehmen. Auch in diesem Falle liegen die japanischen Verbindungen auf der Hand. Erst Anfang April waren beide Angeklagten als Vertreter der chinesischen Regierung in Tokio zur japanisch-chinesischen Verkehrskonferenz gewesen, und der Vizeminister hatte das Ergebnis als sehr befriedigend bezeichnet. Da auf der Konferenz, abgesehen von schönen Freundschaftsworten, nicht viel herausgekommen ist, gewinnt die Äußerung einen subjektiven Charakter. Tuan Tschin-jui hat sich jedenfalls durch den offensibaren Schuß, den er diesen japanisch-orientierten übelbeleumdeten Leuten gab, sehr geschadet.

Einen weiteren Skandal verursachte der Vize-Marine-Minister. Dieser soll, wie North Ch. H. v. 5. 5. mitteilt, die Schanghaier Werft an eine „gewisse“ fremde Macht um 15 Mill. \$ verkauft haben, während er an die Regierung nur 10 Mill. \$ ablieferte.

In anderer Weise wurde der Unterrichtsminister unbequem. Er verfolgte die Tendenz, möglichst die Fremden aus den Ämtern zu entfernen. North Ch. H. v. 5. 5. beschwert sich darüber, daß er (wie übrigens in seinem Ressort auch der Verkehrsminister) die Fremden ausmerze und kürzlich mehrere fremde Professoren, darunter drei englische von der Peking-Universität, unter allerlei Vorwänden entlassen habe. Die britische Gesandtschaft soll scharf dagegen protestiert haben. — So kann es denn nicht wunder nehmen, daß der Unterrichtsminister sich bald aus dem Amte zurückzog.

Sehr unliebsam waren auch die Vorgänge beim Ankauf der letzten Opiumbestände der Opium-Combine durch untergeordnete Organe der Regierung, die angeblich auf eigene Faust handelten und jedenfalls für teuren Preis der Regierung das Opium aufhalfen, angeblich, um die Schädigung der Combine durch das staatliche Opiumverbot abzuschwächen. Man verquickte mit dem Geschäft den Namen des Vizepräsidenten, der sich verdächtigweise sofort als Mittler anbot, um die Angelegenheit zu ordnen, und selbst zum Schein eine Untersuchung gegen sich forderte. Die englische Botschaft, deren frühere Unterstützung der Opium-Combine nicht vergessen ist, beeilte sich ebenfalls, ihre Ahnungslosigkeit zu betonen.

Alle diese Vorgänge verstärkten die Opposition gegen Tuan im Parlament. Bei den Vorverhandlungen lehnten die Oppositionellen die Beratung über die Kriegsbeteiligung mit großer Mehrheit ab und verlangten, daß erst das Ministerium, das durch weitere Rücktritte immer mehr zusammenschmolz, reorganisiert würde. Und die Opposition ward um so hartnäckiger, je mehr Tuan durch die Militärgouverneure das Parlament einzuschüchtern suchte. Die amerikanische Note ermutigte sie dabei, ebenso wie der Präsident dadurch in seiner Opposition gegen die geplante Auflösung des Parlaments gestützt wurde. Schließlich entschloß sich Tuan doch am 9. Mai, die Kriegserklärungsakte offiziell dem Parlament einzureichen. Da der Mißerfolg gewiß war, griff er zu einem bedenklichen Mittel. Am 10. Mai fand eine große Kriegskundgebung von etwa 5000 Personen vor dem Parlament statt. Die ankommenden Parlamentarier wurden mißhandelt. Vergebens rief das Parlament um Hilfe durch Truppen oder Polizei. Erst nach vielen Stunden erschien Tuan selbst im Parlament, um seine Ahnungslosigkeit zu betonen. Dieser mißglückte Putsch, bei dem Tuan außerdem das Pech hatte, daß ein japanischer Journalist verwundet wurde, weswegen selbst Japan Verwahrung einlegte, kompromittierte Tuan schwer. Man warf ihm vor, die Wege Yuan Schih-kais zu wandeln, und selbst die der Kriegserklärung geneigten Parlamentarier gingen teilweise zur Opposition über. Die letzten

Minister verließen Tuan's Kabinett und seine Stellung, nur noch gestützt auf einige Militärgouverneure (die streng republikanischen zogen sich zurück), ward unhaltbar. Die Separationsbewegung im Süden setzte prompt ein.

Von Bedeutung ist die Kritik, die die Peking Gazette am 11. 5. an den Putsch vom 10. Mai übte:

„Man sagt uns, — und die Intervention Amerikas macht es unbezweifelbar — daß die Verbündeten Nationen gegen Deutschland für den Triumph der Demokratie über die Autokratie fechten. Und beide, die Entente und Amerika, fordern China auf, sie in dem Bestreben zu unterstützen, daß die Regierung in diesem Lande wie anderswo in der Welt auf dem Willen der Regierten beruhen solle.

Aber dies kann nicht der Zweck der Kriegspolitik Tuan Tschis-juis und seiner militärischen und Tschin Pu Tang-Anhänger sein.

In allen anderen Ländern, die in den Krieg gegen Deutschland eintraten, waren es die Anhänger der Freiheit — diejenigen, die festhielten an den Idealen der Demokratie, die einer Regierung durch und unter freien parlamentarischen Institutionen vertrauten — welche ihr Land an die Seite der Mächte stellten, und es waren die Reaktionen und Dunkelmänner, die dem Krieg widerstrebten. . . .

Wenn das so ist, warum haben wir in Peking eine Kriegspartei, die — mit Ausnahme von Liang Tschis-tschao und wenigen anderen — aus Verrätern der Republik, Monarchisten, Reaktionen, Mandarinen und anderen Feinden des Parlaments und freier Einrichtungen besteht? . . . Diejenigen, die die Kriegspolitik des Premiers Tuan Tschis-jui bekämpfen, sind dieselben Männer, die gegen ihn und andere Mandschu-Diener kämpften, als diese die Revolution von 1911 zu unterdrücken suchten. . . . Heute bekämpfen sie ihn, weil ihr Haß gegen die Autokratie noch lebendig ist und sie in ihm den Diener der Autokratie sehen. . . .

Die gestern versuchte Vergewaltigung des Parlaments ebenso wie die Veranstaltung der Militärkonferenz in Peking — ohne die Autorisierung vom Präsidenten — beweisen, nein, demonstrieren direkt, daß die gegenwärtige Kriegssaktion aus Motiven geboren ist, die Verneinung und Widerspruch gegenüber jedem Grundsatz bedeuten, für den die Entente und Amerika fechten.

Der Kriegsgang kann einen Kriegsgeist zeitigen, der die Führer befähigt, in China ohne die Mitwirkung eines unabhängigen Parlaments zu regieren. Und er kann besser gewürdigt werden, wenn er — während tatsächliche Kämpfe nicht damit verbunden sind — ihre Hände mit Ententegold füllen wird, das man braucht, um das nächste Parlament mit Mitgliedern zu füllen, die bei der nächsten Präsidentenwahl für Tuan Tschis-jui stimmen.

Wir wiederholen, daß es auf einmal ein gemeinsames Interesse Chinas, der Entente und Amerikas geworden ist, daß China mit Tuan als Premier nicht in den Krieg eintreten darf.

Vergebens suchte Tuan vom Präsidenten die Sanktion zur Auflösung des Parlaments zu erhalten. Nachdem er dann am 18. Mai zum drittenmal mit seiner Forderung auf Verhandlung der Kriegsresolution vom Parlament abgewiesen wurde, machte der Präsident der unhaltbaren Situation durch Entlassung Tuan's am 22. Mai ein Ende und ernannte Wu Ting-fang, den früheren amerikanischen Gesandten und bisherigen Auswärtigen Minister zum Ministerpräsidenten. Tuan und seine militärische Gefolgschaft nannten den Entlassungsakt verfassungswidrig und es kommt nunmehr zu zahlreichen Unabhängigkeits-Erklärungen von Provinzen (Anhui, Schantung, Tengtien, Hupeh, Honan, Tscheking, Sufien, Mukden).

Die Lage wird immer verworrener. Da wendet sich der Präsident am 2. Juni an den energischen, wenn auch monarchisch gesinnten General Tschang Hsün in Anhui als Retter der Lage. Es kommt inzwischen am 3. Juni die provisorische Regierung verschiedener Militärgouverneure des Nordens in Tientsin und die Gegenbewegung im Süden.

Auch das Parlament spaltet sich. Die Tschin Pu Tang, die sogenannte fortschrittliche, ihrem Wesen nach schwankende, etwa rechtsnationalliberale Partei, schließt sich den Militärrebellan an und gründet in Peking ein provisorisches Parlament. Man möchte doch auch an dem kommenden Regierungstisch sein Gedeck finden.

Die provisorische Regierung fordert jetzt offiziell die Auflösung des Parlaments und die Revision der Verfassung.

Der Präsident widerstrebt. Da kommt Tschang Hsün nach Tientsin, sendet gleichzeitig 1000 Mann nach Peking, denen weitere Truppen folgen sollen, und fordert kategorisch am 8. Juni die Auflösung des Parlaments.

Noch einmal widersteht sich der Präsident und lehnt am 9. Juni die Forderung ab.

Die besorgten Kuomintangleute beschlossen aber, den Militaristen entgegenzukommen und die Verfassungsverhandlungen zu beschleunigen, ferner die Regelung des Provinzsystems einem späteren Ergänzungsgesetz vorzubehalten.

Zu spät. Auch ein Appell des Vizepräsidenten an alle secessionierenden Provinzen, im Interesse der Unabhängigkeit Chinas die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben, vermag die Entwicklung nicht aufzuhalten. Unter dem Druck der Militaristen unterzeichnet der Präsident am 11. Juni schweren Herzens die nach seiner Auffassung verfassungswidrige Auflösungsakte. Der Ministerpräsident Wu Ting-fang tritt deswegen zurück.

Am 13. Juni erfolgt die Parlamentsauflösung. Wohl werden in dem Dekret gleichzeitig Neuwahlen angesetzt, aber das Datum wird nicht genannt.

Da Li Tsching-hsi, der zunächst zum Ministerpräsidenten ernannt wird, sich weigert und niemand sich findet, wird der Peking Gendarmeriechef, General Tschiang Tschao-tschung, von den Militaristen kurzerhand dem Präsidenten aufgezungen.

So ging an der Kriegsbeteiligungsforderung der Entente das Parlament in China zugrunde. Die Vorkämpfer des Parlamentarismus haben auch hier wie anderswo der Demokratie das Ende bereitet.

(Fortsetzung folgt)

Dr. P. Heile

Vermischtes

Handelskrieg in Hongkong. Im Hongkonger Gesetzgebenden Rat brachte P. H. Holhoak als Vertreter der Handelskammern am 19. April folgende Resolution ein: „Es ist die Meinung dieses Rates, daß es im besten Interesse der Kolonie Hongkong liegt, daß Personen deutscher Nationalität aus der Kolonie für die Dauer von wenigstens

10 Jahren nach Friedensschluß ausgeschlossen werden; und daß sie auch später nur unter strengen Lizenzbedingungen zugelassen sind.“

Zur Begründung stellte Holhoak zunächst alle bekannten Kriegsbeschuldigungen und Verleumdungen gegen die Deutschen zusammen, um dann auf die gefährlichen deutschen